Frau Abg. Krupp erläuterte den vorliegenden Antrag der SPD-Kreistagsfraktion. Sie wies darauf hin, dass die Etablierung eines Factory-Outlet-Centers in unmittelbarer Nachbarschaft zu den Einkaufsstädten des linkrheinischen Rhein-Sieg-Kreises die Einzelhandels- und Nahversorgungsstruktur erheblich gefährde und nachhaltig schädige. Andere bereits bestehende Factory-Outlet-Center (wie z.B. Maas-Mechelen) hätte gezeigt, welche negativen Folgen auf die gewachsenen Wirtschaftsstrukturen entstanden wären. Daher müsse frühzeitig gegen die Planung eines Factory-Outlet-Centers in der Gemeinde Grafschaft vorgegangen werden.

Dr. Tengler verwies auf die als Anlage beigefügten frühzeitigen Schreiben des Rhein-Sieg-Kreises an Ministerin Thoben sowie das Schreiben der Industrie- und Handelskammer Bonn/ Rhein-Sieg an das Innenministerium des Landes Rheinland-Pfalz sowie das Schreiben des 1. Beigeordneten der Gemeinde Grafschaft. Das Antwortschreiben von Ministerin Thoben ist der Niederschrift (Anlage 2) zur Kenntnis beigefügt. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die Gemeinde Grafschaft alles versuchen wird, das Factory Outlet Center an diesem Standort umzusetzen. Das es sich um ein Outlet-Center handelt, kann nicht bestritten werden, auch wenn von einem Premiumcenter gesprochen wird und die Einbindung einer touristischen Komponente (Tourist-Information) angestrebt wird. Ein entsprechendes Schreiben von Bürgermeister Rätz (Stadt Rheinbach) an die Gemeinde Grafschaft ist der Niederschrift (Anlage 3) beigefügt.

Dr. Tengler erläuterte hierzu die fehlgeschlagenen Strukturpolitik im Kreis Ahrweiler, da es aus verschiedenen Gründen nicht geschafft worden ist, den Standort der Fachhochschule mit dem Gründertechnologiezentrum und dem Angebot von Gewerbeflächen zu verbinden.

Abg. Bausch unterstütze die Ansicht, den Entwicklungen frühzeitig Einhalt zu gebieten, insbesondere im Hinblick auf die ohnehin sehr aggressive Ansiedlungspolitik in Rheinland-Pfalz.

SkB Peter wies ebenfalls auf die Notwendigkeit der Gegensteuerung hin, denn hier sei mit einem hohen Kaufkraftverlust und -abfluss für den Rhein-Sieg-Kreis zu rechnen. Dabei sei darauf hingewiesen, dass die geplanten 26.000 qm Verkaufsfläche die für das gesamte Stadtgebiet von Siegburg bestehende Verkaufsfläche weit überschreite.

Dr. Tengler erläuterte, dass auch Nachbarkommunen im Kreis Ahrweiler sich gegen dieses Projekt wehren, so dass der Rhein-Sieg-Kreis auch hier bei der Verhinderung des Projektes Unterstützung erhalte.

Abg. Steiner erläuterte die grundsätzliche Problematik der angrenzenden Gewerbegebiete. Der Rhein-Sieg-Kreis bemühe sich seit vielen Jahren zukunftsweisende Einzelhandelsstrukturen aufzubauen und umzusetzen. Diese Bemühungen würden jedoch durch die rheinland-pfälzische Landespolitik (Grundstückspreise, Steuersätze, Hebesätze) unterwandert. Hier müsse auch das Land Nordrhein-Westfalen in die Pflicht genommen.

Auf die Frage von Frau Abg. Owczarczak nach den rechtlichen Möglichkeiten, der Verhinderung des Projektes, erläuterte Dr. Tengler, dass noch kein konkreter Antrag vorliege. Der Antrag basiere jedoch auf zwei aufeinander aufbauende Verfahren. Dabei widerspricht das Projekt zum einen dem Landentwicklungsprogramm Rheinland-Pfalz, so dass ein sog. Zielabweichungsverfahren durchgeführt werden müsste. Im Rahmen dieses Verfahren ist eine Anhörung der benachbarten Kommunen vorgegeben. Sofern eine Zielabweichung von Seiten der Landesregierung als zulässig eingestuft würde, müsse in einem weiteren Schritt auf der Gemeindeebene das Bauleitplanverfahren eingeleitet werden. Auch hier haben die angrenzenden Kommunen und Gebietskörperschaften im Rahmen der Beteiligung Träger öffentlicher Belange ein Einspruchsrecht.

Der Ausschuss nahm den Sachbericht der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis.